

Aus aller Welt

US-Gericht urteilt zugunsten von Guantanamo-Häftling

Ein US-Berufungsgericht hat die Einstufung eines in Guantanamo inhaftierten chinesischen Muslims als „feindlicher Kämpfer“ durch das Verteidigungsministerium aufgehoben. Das Gericht wies in einer am Montag in Washington veröffentlichten kurzen Mitteilung die Streitkräfte an, den Uiguren Huzaifa Parhat entweder freizulassen, zu verlegen oder unter Berücksichtigung des Gerichtsbeschlusses ein neues Verfahren gegen ihn einzuleiten.

Das Gericht erklärte außerdem, Parhat könne aufgrund einer kürzlich ergangenen Entscheidung des Obersten Gerichtshofs bei einem Richter seine sofortige Freilassung beantragen. Das Verfassungsgericht hatte am 12. Juni entschieden, dass auch im Krieg gegen den Terror festgenommene und in Guantanamo auf Kuba inhaftierte Gefangene verfassungsmäßige Rechte hätten und bei zivilen Gerichten Einspruch gegen ihre Haft einlegen können. Der Fall Parhat ist der erste eines Guantanamo-Gefangenen, der von einem Berufungsgericht überprüft wurde. (ap)

Obama will bei Ölfirmen Sondersteuer einführen

Der designierte demokratische Präsidentschaftskandidat Barack Obama will die hohen Gewinne der Ölkonzerne mit einer Sondersteuer belegen. Die Abgabe soll bei einem Ölpreis ab 80 Dollar pro Barrel fällig werden. Zuletzt kostete ein Fass Rohöl über 135 Dollar. Mit den Einnahmen will Obama Baumaßnahmen unterstützen, um die Energieeffizienz von Gebäuden zu steigern, und Familien mit geringen Einkommen unter die Arme greifen.



Barack Obama

Außerdem will der Senator aus Illinois eine umstrittene Gesetzeslücke schließen, wie aus seinen am Sonntag vorgestellten Plänen hervorgeht. Das sogenannte „Enron loophole“ erlaubt Ölgeschäfte im elektronischen Handel ohne behördliche Aufsicht. Kritikern zufolge hat diese Regelung Spekulationen Vorschub geleistet und ist für den drastischen Anstieg des Ölpreises verantwortlich. (ap/jel)

EU verschärft Auflagen für Pflanzenschutzmittel

Die EU will Pflanzenschutzmittel mit potenziell krebserregenden oder fortpflanzungsschädigenden Inhaltsstoffen grundsätzlich verbieten. Solche Pestizide sollen laut einer am Montag von den EU-Landwirtschaftsministern in Luxemburg getroffenen Grundsatzvereinbarung nur noch in wenigen Ausnahmefällen zugelassen werden.

Auf Druck Deutschlands und anderer Mitgliedstaaten soll diese strenge Regelung allerdings nach fünf Jahren daraufhin überprüft werden, ob sie der europäischen Chemieindustrie Nachteile im weltweiten Wettbewerb eingebracht hat. Industrieverbände wie die Europäische Vereinigung für Pflanzenschutz (ECPA) befürchten, dass das Verbot das Aus für zahlreiche Pestizide bedeutet. (ap)



Im Konfliktgebiet in den Bergen von Süd-Negros.

Aikido und Konflikte

Friedensarbeit in den Philippinen

ALEXANDER OTTO

Februar 2008. Ein Dorf in den Bergen im Süden von Negros Island. Der Blick gleitet über spärlich bewaldete Täler und Anhöhen bis zum Panay Gulf, doch es findet sich kein vernünftiger Grund, ihm nachzufolgen: Der Weg bis zum Meer, ein guter Tagesmarsch, würde den Wanderer durch eine einsame Gegend, in der er kaum auf saubere Quellen und allenfalls auf Rebellen der New People's Army (NPA) stößt, führen. Beides ist ein Problem in den ländlichen und Bergregionen. Trinkwassermangel stellt nur eine der gravierenden Folgen infrastruktureller Unterentwicklung dar. Und ein Zusammentreffen mit der NPA, dem bewaffneten Arm der Communist Party of the Philippines, ist zumal dann nicht ratsam, wenn man wie die Menschen des Dorfes von einem Territori-

um stammt, das sich der Revolutionary Proletarian Army – Alex Boncayao Brigade (RPA-ABB) zugehörig fühlt beziehungsweise unter deren Kontrolle steht. RPA-ABB und NPA hatten sich Anfang der 1990er Jahre in einem blutigen Abspaltungsprozess voneinander losgesagt. Als erstere dann 2000 ein Friedensabkommen mit der Regierung traf, setzte die zahlenmäßig weitaus stärkere und landesweit operierende NPA den Kampf für einen Systemwechsel fort. Negros ist Konfliktgebiet.

Das Dorf mit seinen etwa zwanzig

Mit Aikido gegnerische Aggressionen ins Leere laufen lassen.

Hütten und hundert Einwohnern, um die es hier geht, gehört zu den direkten Opfern des jahrzehntelangen Bürger- und Guerillakriegs. Das Besondere an ihm ist, dass es seit etwa zwei Jahren an einem Projekt in der Konfliktarbeit beziehungsweise des Zivi-

len Friedensdienstes teilnimmt, das von der philippinischen Nichtregierungsorganisation (NGO) „Warriors for Peace“, in Kooperation mit der philippinischen und der deutschen Sektion von Pax Christi International, betrieben wird. Ungewöhnlich ist auch die Methode, derer sich Warriors for Peace bedient. Ihr Programm ist das erste und bisher einzige auf den Philippinen, das die Kampfkunst Aikido in der Konfliktarbeit mit Kombattanten und Communities anwendet. Weltweit dürfte es nicht viele Friedensprojekte geben, die dies mit einem vergleichbar umfassenden Ansatz tun.

Aikido wurde als Kampfkunst seit den 1920er Jahren in Japan entwickelt und wird heute auf allen Kontinenten praktiziert. Es lehrt, Angriff und Aggression in einer Weise zu handhaben, in der niemand Schaden nimmt. Mit Blick auf Kampftechniken bedeutet das Griff, Hebel- und Wurf-Techniken anstelle von Schlag- oder Tritt-Techniken. Der Aikidoka trainiert nicht den Angriff; allein zu Trainingszwecken bestehen entsprechende Techniken. Anstatt eine Konfrontation mit zusätzlicher Gewalt aufzuladen, sucht

er die Energien des Opponenten aufzunehmen und zu nutzen, um diesen aus dem Gleichgewicht zu bringen. Die runden, fließenden Bewegungen, in denen Kräfte leichter zu kontrollieren sind und die Akteure miteinander zu verschmelzen scheinen, lassen sich durchaus sinnbildlich deuten: Durch die Harmonisierung unterschiedlicher Positionen werden Aggressionen auf ungefährlichere Bahnen gelenkt und schließlich neutralisiert.

In der Konfliktarbeit, wie sie etwa durch Projekte des Zivilen Friedensdienstes umgesetzt wird, geht es um die Entwicklung und Anwendung gewaltfreier Methoden zur nachhaltigen Lösung gewaltvoller Konflikte. An letzteren besteht in Negros, wie in den Philippinen insgesamt, kein Mangel. Soziale und militärische Gewalt ist besonders auf dem Land allgegenwärtig und hat viele Gesichter: Rebellen; Armee und Polizei; paramilitärische Volunteer-Einheiten; Landlords, politische Strongmen, Clan-Chefs und ihre Privatarmeen. Die Konfliktsachen sind strukturell angelegt, nicht nur, aber ganz wesentlich in extremen sozioökonomischen Ungleichgewichten zwischen Bevölkerungsschichten und Regionen; und sie spalten die philippinische Gesellschaft über die militärische Auseinandersetzung hinaus.

„Cash crops“ führen zu Landlosigkeit und Armut

Ein zentraler Konflikthalt auch in Negros ist das Land, genauer gesagt: „Land, um das Zuckerrohr anzubauen“, das Mitte des 19. Jahrhunderts von einem britischen Geschäftsmann „eingeführt“ worden war und den Kolonialmächten Antwort auf die Frage gegeben hatte, wie sich die Ressourcen an Natur und Menschen am produktivsten ausbeuten ließen. Vor allem in der westlichen Provinz Negros Occidental ist das Zuckerrohr zur Monokultur geworden: Hier werden „Cash crops“ angebaut, nicht für den Lebensunterhalt, sondern den Export. Landesbesitz macht den Wohlstand einiger, Landlosigkeit die Armut vieler aus. Einige hunderttausend Zuckerrohrarbeiter und ihre Familien wissen kaum von der Hand in den Mund zu leben. Die vor 20 Jahren gestartete Landreform läßt nach wie vor viele Erwartungen der armen ländlichen Bevölkerung unerfüllt.

Wenn die Mitarbeiter von Warriors for Peace aus Bacolod City, der Provinzhauptstadt im Norden, zu



Dorf im Konfliktgebiet.